

**Friedrich Weber**, Seele der Region. Die EKD verkennt die Bedeutung und die Chancen kleinerer Landeskirchen, Zeitzeichen. Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft 9/2006, September 2006, 7. Jg., S. 48 bis 51

*Können nur große Landeskirchen gute Arbeit leisten? Und wenn ja, wie viele Mitglieder muss eine Landeskirche mindestens haben? Diesen Fragen geht Friedrich Weber nach. Der Bischof der braunschweigischen Landeskirche setzt sich dabei mit den Defiziten auseinander, die er im Impulspapier der Perspektivkommission der EKD entdeckt hat.*

Es ist schade, dass die Strukturen des Protestantismus erneut das Tagesthema sind. Nicht brennende Fragen wie die Mission in Deutschland, die Bezeugung des Evangeliums in zeitgemäßer Form, die Armutsproblematik in einem reichen Land, das christliche Leben in einem säkularen Staat oder die Bildungsverantwortung der Christen bestimmen die erste Diskussion um das Impulspapier der EKD „Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“. Diskutiert wird vielmehr, ob Landeskirchen zukunftsfähig sind, die weniger als 1,2 Millionen Mitglieder haben und deren Grenzen nicht mit denen der Bundesländer übereinstimmen.

Das EKD-Papier behauptet, kleinere Landeskirchen seien ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen. Da stellt sich als erste Frage, ob das neue ekklesiologische Prinzip – „numerische Größe ist gleichzusetzen mit inhaltlicher Qualität, und die beginnt bei 1,2 Millionen Mitgliedern“ – auch für die Kirchen in der Ökumene gilt und ob große Kirchen dem neuen Prinzip genügen?

Was mussten sich die kleinen, kleineren und mittelgroßen Landeskirchen in den vergangenen Wochen alles anhören: Kleinstaaterei, evangelischer Flickenteppich, geleitet von Ewiggestrigen, die Posten, Macht und Einfluss in der Kirchenhierarchie für sich erhalten wollen. Dass sich die Kleinen wehren, solange sie können, hieß es aus einer der großen Landeskirchen. Muss man daraus folgern, dass die Großen den Vorgang schon abgenickt haben? Gehen sie davon aus, dass in Zukunft eine Kirche mit anderen fusionieren muss, wenn sie die kritische Masse unterschreitet? Vielleicht kommt aber in den drastischen Tönen auch nur der Frust darüber zum Ausdruck, dass in der –evangelischen Kirche nicht das Prinzip gilt: Je weniger das Sagen haben, desto besser – je steiler die Hierarchie, desto erfolgreicher – je weniger Personen in den Medien vorkommen, desto wirkungsvoller.

Festzuhalten ist: Die Grenzen von Landeskirchen sind durchaus veränderbar, wurden sie doch zum Teil in der Reformationszeit von Landesherrn geschaffen, die in ihren Staatsgebieten das kirchliche Leben neu ordneten und dabei das lutherische oder das reformierte Bekenntnis zu Grunde legten. Landeskirchliche Grenzen sind also keine sakralen Größen. Der Eifer um ihren Erhalt muss stets relativ bleiben. Und es ist gut, dass es große Landeskirchen gibt. Sie gliedern sich allerdings schon seit langem in eine große Zahl von Sprengeln und Kirchenkreisen auf, um regional präsent zu sein. Einige von ihnen sind durch glückliche Umstände recht wohlhabend. Da geht es ihnen ähnlich wie den Bundesländern, in denen sie beheimatet sind. Andere befinden sich in Not. So scheint die Größe allein noch kein Qualitätsmerkmal zu sein. Bereits jetzt ist die äußere Situation einer Landeskirche in erheblichem Maß von deren geographischer und gesellschaftlicher Lage mitbestimmt. Arbeitslosigkeit, Abwanderung, die immer noch wirksamen Folgen der Teilung Deutschlands, die problematische demographische Struktur der Gemeindeglieder (dies durchaus in Korrelation zur gesamten Wohnbevölkerung) sind wesentliche Indikatoren.

Es ist aber auch gut, dass es kleinere Landeskirchen gibt. Hier gilt ebenfalls: Einige sind gut aufgestellt, andere kämpfen dagegen mit immensen Problemen, die zum Teil auch etwas mit dem Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle in Deutschland zu tun haben. Kleinere Landeskirchen wird es auch in Zukunft geben, weil sie sich Kooperationsplänen gegenüber nicht taub stellen und weil sie verstanden haben, dass die Veränderungsprozesse zum Handeln nötigen.

Wenn Landeskirchen auch in Zukunft bestehen wollen, müssen sie heute ihre Hausaufgaben machen. Dazu gehört eine sorgfältige Analyse der demographischen Entwicklung in ihrer Region. Sie müssen aber auch ihren Gebäudebestand erfassen und bewerten und prüfen, welche Arbeit bezogen auf die künftige Mitgliederzahl nötig und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln möglich ist. Von Überflüssigem trennen sie sich. Dieser Prozess ist schmerzhaft. Denn was dem einen als überflüssig erscheint, ist dem anderen besonders wichtig.

### **Bereit zur Verantwortung**

Die kleineren Landeskirchen müssen auch prüfen, ob ihre Verwaltungen sich als Dienstleister für die Gemeinden verstehen und entsprechend aus- und fortgebildete Mitarbeitende haben. Und sie müssen dafür sorgen, dass die Ausgaben für den Erhalt der Institution in einem angemessenen Verhältnis zu denen für Verkündigung, Seelsorge und Diakonie stehen. Ebenso werden sie das Verhältnis der Personalkosten zu den sonstigen Ausgaben im Blick haben, und sie werden im Verbund mit anderen großen und kleinen Kirchen für die Renten und Pensionen ihrer Mitarbeitenden vorsorgen.

Vor allem aber werden sie immer wieder danach fragen, ob sie dem Auftrag gerecht werden: „Seid allezeit bereit zur Verantwortung vor jedermann, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist“ (1. Petrus 3,15). Diese Aufgaben gelten aber für große und kleine Landeskirchen in gleicher Weise.

Wenn kleinere Landeskirchen ihrer eigenen Auflösung skeptisch gegenüberstehen, muss das nichts mit kleinkariertem Kleinstaaterei zu tun haben. Es kann auch daran liegen, dass diese Kirchen bereits seit geraumer Zeit eigene Reformprozesse steuern, und zwar mit dem Ziel, auch in Zukunft leistungsfähig und nahe bei den Menschen zu sein. Das gilt insbesondere dann, wenn diese Reformprozesse von sinnvollen und arbeitsfähigen Kooperationen flankiert werden, wie zum Beispiel in Niedersachsen. Dieses gelungene Beispiel erwähnt das Perspektivpapier der EKD aber nicht.

Natürlich ist die „Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen“ verbesserungswürdig. Aber gerade weil im Blick auf die angestrebte Föderation anderer Landeskirchen so getan wird, als sei dies die Erfindung des Tages, sei die niedersächsische Konföderation näher beschrieben: Seit 1971 fungiert sie im Sinne des Loccumer Staatskirchenvertrags von 1955 als Gegenüber und Partnerin des Landes Niedersachsen. Der Konföderation gehören die evangelisch-lutherischen Landeskirchen Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe sowie die Evangelisch-Reformierte Kirche an, die ihren Sitz im ostfriesischen Leer hat. Eine Zusammenarbeit besteht insbesondere im Bereich der Gesetzgebung, bei kirchlichem Abgabenrecht, kirchlicher Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, Pfarrerbesoldungs- und ver-sorgungsrecht und Mitarbeitervertretungsrecht. Darüber hinaus hat die Konföderation gemeinsame Einrichtungen gebildet, den Rechtshof als gemeinsames Verfassungs- und Verwaltungsgericht, arbeits- und dienstrechtliche Kommissionen, die das Arbeitsrecht in Kirche und Diakonie setzen, ein gemeinsames Prüfungsamt, um

das Erste und Zweite Theologische Examen abzunehmen und die evangelische Erwachsenenbildung.

Nicht zuletzt verantwortet die Konföderation gemeinsam die kirchliche Publizistik in Niedersachsen, den Evangelischen Pressedienst, die Evangelische Zeitung, die Arbeitsstelle Gemeindebriefarbeit sowie den Evangelischen Kirchenfunk Niedersachsen als Agentur für die Privatradios. Eine gemeinsame Synode und ein Rat mit einer eigenen kleinen Arbeitsstelle sind für die Leitung der Konföderation verantwortlich. Die Situation in Niedersachsen zeigt: Eigenständigkeit und Kooperation müssen einander nicht ausschließen. Im Verbund können sie vielmehr eine angemessene Antwort auf die Herausforderungen der Kirche in unserer Zeit sein. Entscheidend ist, dass in den Kirchen Reformprozesse von sinnvollen Kooperationen mit Nachbarkirchen und in den Konfessionsfamilien begleitet werden. Von selbst versteht sich, dass kleinere Kirchen alleine oder gemeinsam mit anderen Verantwortung für die Aus-, Weiter- und Fortbildung wahrnehmen – übrigens genau so wie große Kirchen, die sich einem zentralen Predigerseminar anschließen – und in ihrer Region Verantwortung für die gesellschaftlichen und ethischen Fragen übernehmen. Schlichtweg falsch ist deswegen die Aussage des EKD-Perspektivpapiers, die Entwicklung der vergangenen Jahre zeige, dass „in kleineren Landeskirchen überregionale Aufgaben wie Aus- und Fortbildung, Zielgruppenarbeit und Kompetenzzentren nicht mehr allein wahrgenommen werden, da sie sich nicht mehr allein finanzieren lassen“. Vielleicht wäre es nicht schlecht gewesen, in die EKD-Perspektivkommission mehr Personen aus den kleineren Kirchen zu berufen. So waren es von zwölf Mitgliedern nur zwei. Ein Schelm, wer hier Absicht vermutet.

Die in ihrer Arbeit auf eine Region bezogenen Landeskirchen geben dem Grundbedürfnis der Menschen – und zwar nicht nur der Kirchenmitglieder – nach Beheimatung, überschaubaren Handlungsräumen und menschlicher Nähe Recht. Indem sie sich mit der Region identifizieren, zum Teil sogar die Region – als historisch gewordenen Raum – mitkonstituieren, tragen sie dazu bei, dass sich Menschen heimisch fühlen können. Sie knüpfen mit an einem Netz von Beziehungen und Verbundenheiten und wecken gerade dadurch Neugierde auf die Region und deren geistige und kulturelle Leistungen. Damit würdigen sie die Vielfalt an Dialekten, Landschaften und Geschichte. Provinziell wird dies nur dann, wenn dem keine Beziehungen zu ökumenischen Partnern entsprechen. Europa ist nicht zuletzt von der Bedeutung seiner Regionen geprägt. Diese müssen groß genug sein, um schnell und flexibel auf Herausforderungen reagieren zu können. Gleichzeitig müssen sie aber überschaubar genug sein, um Menschen eine Heimat zu bieten.

Gerade aus den kleinen Einheiten kommt oft großes Engagement von Ehrenamtlichen. Die Politik hat verstanden, dass das neue Europa ein Europa der Regionen sein wird. Damit ist eine deutliche Absage an eine Einheitskultur verbunden, wie sie unter dem Druck des ökonomischen Paradigmas auch in das Denken und Handeln der Kirchen einzuziehen scheint. Eine Auflösung der Regionen würde den Kirchen ihren Ort und die Seele nehmen.

Auch in den kleineren Landeskirchen geschieht die Arbeit auf der Gemeinde- wie der Regionalebene. Akademiearbeit, Ehrenamtlichenkolleg, Fortbildungsveranstaltungen für Mitarbeitende, Fachberatung für Religionspädagogen, missionarische Initiativen, Konfirmandenferienlager, Beratungsangebote stehen dafür. Gewiss kann man es als Luxus ansehen, dass kleinere Landeskirchen ein übergemeindliches Angebot von Dienstleistungen fördern. Aber warum sollten sie dies aufgeben, für die Schimäre einer

höheren „Öffentlichkeitswirkung“? Regional sind die kleineren Landeskirchen exzellent präsent. Und überregional hängt die öffentliche Wirkung nicht an der Größe einer Landeskirche.

Auffallend ist jedoch, dass insbesondere die kirchliche Publizistik bei Berichten über Positionen oder Ereignisse aus einer Landeskirche gerne anmerkt, ob es sich um die zweitgrößte oder drittkleinste Landeskirche handelt. Verbindet sich mit diesem Zusatz eine bewusste Auf- oder Abwertung? In der Berichterstattung über Bundesländer spielt die Größe jedenfalls kaum eine Rolle.

Die Grundfrage bleibt: Geht es dem Perspektivpapier der EKD um eine Vereinheitlichung der Kirche zu Lasten ihrer pluralen Gestalt? Steckt hinter den Überlegungen die Übernahme eines ökonomischen Paradigmas, das ein einheitliches Profil fordert, dessen Parole „Kenntlichkeit“ heißt und dessen Ziel die „Alleinstellung“ weniger „am Markt“ ist? Ist es demgegenüber aber nicht auffallend, dass gerade in den großen Kirchen in den letzten Jahren aus Kreisdekanen, Pröpsten und Landessuperintendenten Regionalbischöfe geworden sind?

In der Summe heißt das: größere Bereiche zu bilden, muss nicht die Fusion von Landeskirchen bedeuten. Und die Quantität erlaubt keinen Rückschluss auf die Qualität. Auch kleinere Kirchen halten Kompetenzzentren vor und befinden sich in einem intensiven Dialog mit der Gesellschaft. Des Weiteren ist die Orientierung an staatlichen Organisationsmodellen, zum Beispiel an der Zahl der Bundesländer, sachfremd. Auf welchen Ebenen Aufgaben und Arbeitsbereiche zusammengelegt werden können, muss allerdings geprüft werden. Denn stärkere Kooperationen und die bessere Koordination von Aufgaben sind unabdingbar, weil nicht jede Landeskirche alles selber machen kann. Dazu gehört auch eine stärkere gemeinsame – auch ökumenische – Nutzung von Gebäuden sowie die gemeinsame – auch ökumenische – Trägerschaft von Einrichtungen und eine weitergehende Zusammenarbeit auf der Ebene der Verwaltung.

Wie sich die kirchliche Landschaft im Jahre 2030 gliedern wird, ist offen. Entscheidungen, die kleineren Kirchen die nötigen Kooperationen unmöglich machen, sind daher nicht angemessen. Auch große Kirchen sind nur dann zukunftsfähig, wenn sie ihre Hausaufgaben machen und in den Regionen präsent bleiben.